

# **Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming**

Ausschuss für Planungsarbeit

– Die Ausschussvorsitzende –

## **Zweiter Tätigkeitsbericht des beratenden Ausschusses für Planungsarbeit (Berichtszeitraum September 2025 – April 2026)**

### **I Sitzungen**

Der Ausschuss trat am 16.04.2026 zu seiner zweiten Sitzung zusammen und war mit fünf anwesenden Ausschussmitgliedern beschlussfähig.

### **II Tätigkeitsschwerpunkte**

In der zweiten Sitzung am 16.04.2026 wurde Frau Bürgermeisterin Kathrin Mußhoff zur Stellvertreterin der Ausschussvorsitzenden gewählt.

Der Ausschuss befasste sich mit folgenden Sachverhalten der Planungsarbeit:

- Stand des Beteiligungsverfahrens zum 2. Entwurf des Regionalplans 3.0
- Stand des Beteiligungsverfahrens zur 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027
- Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Windenergie an Land gemäß § 28 ROG

#### **II.1 Stand des Beteiligungsverfahrens zum 2. Entwurf des Regionalplans 3.0**

Der Ausschuss nahm Sachstandsberichte der Regionalen Planungsstelle zu folgenden Themen zur Kenntnis:

1. Umfang der Teilnahme am Beteiligungsverfahren
2. Anregungen, Bedenken und Hinweise zum Thema oberflächennahe Rohstoffe
3. Anregungen, Bedenken und Hinweise zum Thema Vorbehaltsgebiete Siedlung
4. Anregungen, Bedenken und Hinweise zum Thema großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte
5. Anregungen, Bedenken und Hinweise zum Thema Vorranggebiete Landwirtschaft
6. Anregungen, Bedenken und Hinweise zum Thema vorbeugender Hochwasserschutz

Auf der Grundlage der Sachstandsberichte 1. bis 5. befürworteten die anwesenden Ausschussmitglieder einstimmig die von der Regionalen Planungsstelle vorgeschlagene Entscheidung, an den Festlegungen des 2. Entwurfs des Regionalplans 3.0 ohne Änderungen festzuhalten.

Mit dem sechsten Sachstandsbericht nahmen die Ausschussmitglieder insbesondere folgende Hinweise und Anregungen des Landesamts für Umwelt, des Ministeriums für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz bzw. des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung zur Kenntnis:

1. Flächen des HQ100 sollen als Vorranggebiete vorbeugender Hochwasserschutz festgelegt werden. Diese Anregung wird zumindest für diejenigen Flächen vorgebracht, die von der zuständigen Wasserbehörde noch nicht als Überschwemmungsgebiet festgelegt sind

bzw. die aus Vorschriften der DDR als Überschwemmungsgebiet übergeleitet worden sind.

2. Die Havelpolder sollen als Vorranggebiete festgelegt werden.
3. Aufgrund der zyklischen Aktualisierung sind seit Dezember 2025 aktualisierte Daten der Flächenkulissen des HQ100 und HQextrem verfügbar. Es wird angeregt, diese Daten für die zeichnerischen Festlegungen im Regionalplan zu übernehmen.

Die Ausschussmitglieder nahmen dazu die folgenden Feststellungen, Einschätzungen und Handlungsvorschläge der Regionalen Planungsstelle zur Kenntnis:

- Die Besonderheiten der Hochwassergefahren in der Region erlauben die Bewertung, dass eine Festlegung von Vorranggebieten nicht notwendig ist.
- Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Grundsatz II.2.1 des Länderübergreifenden Raumordnungsplans für den Hochwasserschutz dazu auffordert, Überschwemmungsgebiete nach § 76 Absatz 1 WHG, die noch nicht wasserrechtlich vorläufig gesichert wurden, auf geeignete Weise räumlich zu sichern. Für eine wirkungsvolle Sicherung kommt das Instrument Vorranggebiete in Betracht.
- Die Entscheidung, im jetzt laufenden Verfahren durch eine Planänderung die Festlegung von Vorranggebieten vorzunehmen, belässt keine ausreichende Möglichkeit die Adressaten der Planung – insbesondere die Städte und Gemeinden – frühzeitig einzubeziehen. Dieser Sachverhalt ist als nachteilig zu bewerten.
- Auf der Grundlage der aktualisierten Flächenkulisse des HQextrem stellt sich die Hochwassergefahrenlage auf der regionalen Maßstabsebene als im Wesentlichen unverändert dar. Die Veränderungen sind überwiegend kleinräumig und bilden überwiegend eine Verringerung der überschwemmten Fläche ab. Größere Veränderungen sind vor allem für den Bereich Zollchow, Vieritz der Gemeinde Milower Land (Verringerung der überschwemmten Fläche) und nördlich des Gülper Sees (Havelpolder Twerl) festzustellen.
- Es ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der zyklischen Aktualisierungen eine Veränderung der Datenlage regelmäßig eintritt.
- Aufgrund einer wertenden Gesamtbetrachtung wird daher vorgeschlagen, die Festlegung G 2.1.1 „Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz“ nicht zu ändern, sondern nur auf die veränderte Datenlage hinzuweisen.
- Es wird weiter vorgeschlagen, die angeregte Festlegung von Vorranggebieten in Abstimmung mit den Kommunen und anderen Stellen zunächst näher zu erörtern und anschließend in einem nachfolgenden Änderungsverfahren vorzunehmen. In diesem Zusammenhang kann auch die Übernahme der aktualisierten Flächenkulisse des HQextrem vorgenommen werden. Diese Verfahrensweise erfordert das Einvernehmen mit dem Landesamt für Umwelt.

Diese Feststellungen, Einschätzungen und Handlungsvorschläge der Regionalen Planungsstelle wurden durch die Ausschussmitglieder beraten. Im Ergebnis wurde die vorgeschlagene Verfahrensweise befürwortet.

## **II.2 Stand des Beteiligungsverfahrens zur 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027**

Die Ausschussmitglieder nahmen einen Sachstandsbericht der Regionalen Planungsstelle über das Beteiligungsverfahren zur 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 zur Kenntnis. Insbesondere nahmen sie folgende Einschätzungen der Regionalen Planungsstelle zur Kenntnis:

- Nach den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens kann an der Festlegung der Vorranggebiete für die Windenergienutzung VRW 56 „Mückendorf“ und VRW 32.1 „Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung“ unverändert festgehalten werden.
- Das VRW 56 „Mückendorf“ wird aufgrund der vom Landesamt für Umwelt mitgeteilten Bewertungen nicht als Beschleunigungsgebiet für die Windenergie an Land ausgewiesen.
- Die Ausweisung des VRW 32.1 „Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung“ als Beschleunigungsgebiet für die Windenergie an Land kann beibehalten werden.

Diesen Einschätzungen wurde durch die Ausschussmitglieder zugestimmt.

## **II.3 Stand der Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Windenergie an Land gemäß § 28 ROG**

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Planungsstelle über den Arbeitsstand der Ausweisung der im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 festgelegten Vorranggebiete für die Windenergienutzung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land zur Kenntnis. Der Ausschuss nahm zur Kenntnis, dass die Bearbeitung bislang dadurch aufgehalten ist, dass die vom Landesamt für Umwelt erarbeitete Flächenkulisse der Gebiete mit landesweit bedeutenden Vorkommen mindestens einer durch den Ausbau der Windenergie betroffenen Art (§ 28 Absatz 2 Nummer 2 ROG) noch nicht übermittelt worden ist.

## **III Empfehlungen für die Planungsarbeit**

Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 16.04.2026 nachfolgende Entscheidungen befürwortet.

1. Es müssen keine Änderungen an den Festlegungen der Vorbehalts- und Vorranggebiete Rohstoffgewinnung vorgenommen werden.
2. Es müssen keine Änderungen an den Festlegungen der Vorbehaltsgebiete Siedlung vorgenommen werden.
3. Es müssen keine Änderungen an den Festlegungen zu den großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten vorgenommen werden.
4. An den Festlegungen zum vorbeugenden Hochwasserschutz müssen keine Änderungen vorgenommen werden, wenn ein diesbezügliches Einvernehmen mit dem Landesamt für Umwelt hergestellt werden kann.
5. Im aktuellen Verfahren zum vorbeugenden Hochwasserschutz angeregte Änderungen können Gegenstand eines anschließenden Änderungsverfahrens sein.
6. In der Planbegründung ist auf die aktuelle Datenlage der Flächenkulisse des HQextrem in angemessener Weise aufmerksam zu machen.

7. An den Festlegungen der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 müssen keine Änderungen vorgenommen werden.
8. Die Ausweisung des Vorranggebiets für die Windenergienutzung VRW 56 „Mückendorf“ als Beschleunigungsgebiet für die Windenergie an Land kann entfallen.

Teltow, den 27.04.2026

gez. Wiebke Şahin-Connolly  
Ausschussvorsitzende